

Vorsicht, Deutsche!

Was die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland unter „De-Briefing“ versteht

Von Markus C. Kerber¹

Die Operation war von langer Hand vorbereitet. Der stellvertretende Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin, *Bernhard Schnittger*, hatte punktgenau zum 9.12.16 – also genau einen Tag nach den wichtigen Entscheidungen des EZB-Rates zur Geldpolitik – zu einem sogenannten *De-Briefing* eingeladen. Mit von der Partie Herr *Gabriel Glöckler* aus der Generaldirektion Kommunikation der EZB und Frau *Holthausen*, die stellvertretende Generaldirektorin der Abteilung Market Operations. Obschon das erschienene Publikum überwiegend nicht aus Kennern der Thematik bestand, gab es doch die eine oder andere kritische Nachfrage. Dem hatte Herr *Schnittger* und mehr noch Herr *Glöckler* bereits bei Begrüssung und Eingangsreferat versucht, vorzubeugen: Das Lamento in der Bundesrepublik Deutschland über die EZB-Politik sei wirklich einseitig. Deutschland würde nicht nur aus Sparern sondern auch aus Häuslebauern bestehen, die aufgrund der niedrigen Zinsen nunmehr endlich Immobilieneigentum erwerben könnten. Dass *Schnittger* und *Glöckler* den *Draghi*-Diskurs auf niedrigstem Niveau repetierten würden, dürfte keine Überraschung gewesen sein.

Erstaunlicher waren da schon die Ausführungen von Frau *Holthausen*, die zunächst beruhigend feststellte, dass die EZB auf gar keinen Fall die gegenwärtige expansive Geldpolitik dauerhaft fortführen wolle. Vielmehr überlege man, wie man aus der Ausnahmesituation wieder in einen Normalzustand gelangen könne. Indessen behauptete sie stetig, dass die größte Legitimität für die EZB-Politik aus folgender

¹ Dr. iur. Professor für Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik an der Technischen Universität Berlin, Gastprofessor an der Université Panthón-Assas(Paris II) sowie der Warsaw School auf Economics

hypothetischen Überlegung stamme: Was wäre passiert, wenn die EZB nicht gehandelt hätte? Unter Ausklammerung der gesamten Nebenwirkungen und insbesondere der fiskalischen Risiken der EZB verwies sie darauf, dass nach den ökonomischen Überlegungen der EZB auf Grund der Sondermaßnahmen ihres Hauses ein Prozent mehr Kredite (1% !) ausgereicht worden seien. Und immerhin sei die private und die Unternehmensverschuldung abgebaut worden. Dass die öffentliche Verschuldung, insbesondere in den reformunwilligen Problemländern Italien und Frankreich, gestiegen ist und ihr Anstieg erst durch die Nullzinspolitik ihres Hauses ermöglicht wurde, wollte Frau *Holthausen* nicht problematisieren. Bis 2018 würden Inflation und Wachstum sich so entwickeln, wie es die EZB wünsche und dann wolle und müsse man über die Fortsetzung bzw. Modifizierung der gegenwärtigen Politik nachdenken. Dass diese Einschläferungspropaganda im schroffen Gegensatz zu den Ankündigungen von Herrn *Draghi* steht, nahm das nicht sehr alerte Fachpublikum hin. Am Vortage hatte der Chef von Frau *Holthausen* noch stolz darauf hingewiesen, dass man über *tapering*, also die schrittweise Rückführung des Volumens der Anleihekäufe, im EZB-Rat überhaupt nicht diskutiert habe und dass die gegenwärtige Politik solange fortgeführt werde, bis die Wachstums- und Inflationsziele erreicht worden seien. Zweifel an der Wirksamkeit der gegenwärtigen EZB-Politik sowie an der Wirkmächtigkeit der Institution sollen nicht aufkommen.

Dass in einem solchen Kontext für die Problematisierungen der technischen Änderungen des Ankaufprogramms kaum Platz blieb, verwundert nicht. Indessen darf man darüber verwundert sein, dass sich in der EZB – genauso wie in der Europäischen Kommission – so viele Deutsche dazu bereitfinden, als willige Vollstrecker und Verkünder einer Politik zu dienen, mit der sich immer größere Teile der deutschen Bevölkerung nicht länger identifizieren können.